

1. Einleitung

Spätestens seit der *UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung* 1992 in Rio de Janeiro erschienen zwei neue Sterne am Hoffnungsfirmament internationaler Politik. Mit dem Begriff der *nachhaltigen Entwicklung* sah man ein alternatives, weltweit akzeptables Verständnis einer wünschbaren gesellschaftlichen Entwicklung entstehen. Und mit den *Nichtregierungsorganisationen* waren zugleich die Akteure benannt, die zu dessen Realisierung entscheidend beitragen sollten. Im Zuge der parallel enorm an Bedeutung gewinnenden Debatte um Globalisierung und unter dem Eindruck der weltpolitischen Einschnitte der Jahre 1989/1991 wurde nun vermutet und diskutiert, dass in einer globalisierten Welt staatliche Regierungen als politische Akteure an Bedeutung verlieren und private Akteure (transnationale Konzerne und Nichtregierungsorganisationen) an Bedeutung gewinnen.

Es wundert daher nicht, dass der Begriff »Nichtregierungsorganisation« (NGO)¹ eine enorme Karriere durchlaufen hat und in den letzten 15 Jahren eine rapide zunehmende öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfuhr. Hierbei wurden NGOs von Aktivisten, Medien und Wissenschaftlern zu mehr oder weniger adäquaten Instrumenten erklärt, um den desaströsen Folgen der ökonomischen Globalisierung für Mensch und Umwelt politisch entgegenzutreten. Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Scheiterns der Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne und angesichts der globalen Gefährdungslage kommt es bei dieser Zuschreibung zu einer seltsamen Übereinkunft zwischen linken Kritikern,

1 Auch wenn es sprachlich nicht besonders elegant ist, wird hier der in der Forschungsliteratur durchgesetzten Gepflogenheit gefolgt, die englischsprachige Abkürzung »NGO« (Non-Governmental-Organization) für den Singular und »NGOs« für den Plural zu gebrauchen. In wörtlichen Zitaten wird die jeweils dort benutzte Abkürzung beibehalten.

die sich über die NGOs einen neuen Entwicklungsschub »von unten« und die Demokratisierung des internationalen Systems erhoffen, und Vertretern neoliberaler Wirtschaftspolitik, bei denen sich die Stärkung der NGOs in ein Gesamtprojekt der Entstaatlichung der Gesellschaft einfügt. Unter dem Schlagwort NGO werden sodann Debatten verhandelt, die auf Grundlegenderes verweisen, nämlich auf nichts weniger als die zukünftige Gestaltung einer »Weltpolitik«. Ganz unmittelbar werden allgemeine Überlegungen zu Demokratie, Fortschritt, Gerechtigkeit, über die Zukunft von Protest und Emanzipation angeschlossen.

In einer von dem Meinungsforschungsinstitut *Kothes Klewes* im Jahre 2001 durchgeführten Befragung von Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Medien bestätigen 71 % der Befragten die Einschätzung, der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werde künftig zunehmen. Knapp drei Viertel (74 %) der Befragten sehen NGOs als wichtige Impulsgeber für Unternehmen an (Kothes Klewes 2001). Zwar mag die Debatte um NGOs und Global Governance unter dem im Wissenschafts- und Medienbetrieb herrschenden Druck, ständig neue Moden ausrufen zu müssen, manchmal als ein Phänomen erscheinen, welches sich auf die 1990er Jahre, dem »Jahrzehnt des Multilateralismus« (Görg/Wissen2003: 627), beschränkt. Auch ist inzwischen von den NGOs als dem »meist überschätzten Akteur der 90er Jahre« (Wahl 1997:223) die Rede. Die zitierte Untersuchung lässt allerdings vermuten, dass uns die Debatte um NGOs und kooperative Verhandlungssysteme auf globaler Ebene auch die nächsten Jahre noch begleiten wird. Es hat daher Sinn, den Gegenstandsbereich als ein paradigmatisches Beispiel wahrzunehmen, aus dessen Analyse sich Hinweise für die aktuellen Verschiebungen der weltpolitischen Ordnung und seines Diskursrahmens der letzten Jahre herausdestillieren lassen können.

* * *

Gleichwohl sind die folgenden Ausführungen von einer gewissen Skepsis gegenüber den jeweiligen gesellschaftswissenschaftlichen Moden geprägt, die stets neue Brüche und Trends gesellschaftlicher Entwicklung postulieren. So gehört es zum Einmaleins sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungspraxis, den jeweils »neuesten Schrei« auszurufen. Aufmerksamkeit kann nur der erheischen, der Mitteilungen mit Neuigkeitswert produziert (Türk 1999: 43). Derart werden gesellschaftliche Veränderungsprozesse überbetont, während die Analyse der zugrunde liegenden, überdauernden Strukturen in den Hintergrund tritt. Neue Begriffe und Konzepte erfahren steile Karrieren und verschwinden ein paar Jahre später wieder in der Versenkung. Hierbei »verdoppelt« die wissenschaftliche

Beschäftigung die gesellschaftlich hegemonialen Beschreibungen und läuft Gefahr, eine bestimmte Semantik nicht als eine solche zu bestimmen, sondern als *taken for granted* zu nehmen.

Die Aufwertung des Neuen und allgemeiner das Postulat der Innovationsfähigkeit sind dabei eingelagert in das (Selbst-)Verständnis der Moderne selbst. »Das Moderne der Gesellschaft wird dann in seiner jeweiligen ›redescription‹ zum Modischen, dessen Funktionsprinzip der Wechsel ist. Und selbst dann, wenn es einmal überzeugender gelingen sollte, etwas tatsächlich Neues zu finden und nicht nur semantische Innovationen zu präsentieren, ist noch immer nicht ausgemacht, daß dieses ›Neue‹ durchgehend strukturelle Relevanz für die Gesellschaft besitzt; denn das Moderne, Neue, ist nicht notwendigerweise das Wesentliche der modernen Gesellschaft. Auch maskiert sich die Gesellschaft zum Zwecke ihrer Selbstdarstellung gern immer wieder einmal anders. Die Konstanz der gesellschaftlich wesentlichen Strukturen wird gerade auf diese Weise durch die Variation ihrer Beschreibungen aufrechterhalten« (ebd.: 43).

Wenn sich Wissenschaftler noch nicht sicher sind, wie denn nun das vermeintlich Neue zu benennen sei, weichen sie oft auf den Präfix *post* aus. Ganz allgemein dramatisieren die diversen aktuellen Diskurse, die sich um den Präfix *post* gruppieren (Postmoderne, Postindustrielle Gesellschaft, Postfordismus), das, was neu und verschieden an unserer aktuellen Situation ist (Kellner 2002: 286). Sie können daher als Ausdruck einer sich immer noch modern verstehenden, das heißt auf Wandel ausgerichteten Gesellschaft verstanden werden. In den Worten von Niklas Luhmann (1997: 1082): »Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft, daß sie auch noch einer Modernisierung bedarf. [...] Die Gesellschaftstheorie der Moderne [scheint] davon auszugehen, daß die moderne Gesellschaft noch nicht modern sei und sich selber gleichsam nacheifern müsse, um endlich modern zu werden.«

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie beziehen sich diese Bemerkungen natürlich zuvorderst auf das Phänomen der NGOs. Aber selbst der Sachverhalt, der durch die Debatte um Globalisierung, der wahrscheinlich überragenden gesellschaftswissenschaftlichen Debatte der letzten 15 Jahre, angesprochen wird, ist keineswegs so neuartig wie meist behauptet.² Man denke nur an die entsprechenden Formulierungen von Karl Marx und Friedrich Engels im »Kommunistischen Manifest« von 1848. Gleiches gilt für die in aktuellen Debatten weit verbreitete These,

2 Vgl. für dieses Argument vor allem Hirst/Thompson (1996); aber auch Silver (2005: 44f). Für einen diesbezügl. Literaturvergleich: Guillén (2001). Zudem wird verschiedentlich schon das Ende der Globalisierung bzw. der Beginn der De-Globalisierung ausgerufen, so etwa bei James (2003).

im Zuge der Globalisierung verliere der Nationalstaat an Bedeutung. So äußerte Carl Schmitt schon 1963 die These vom Niedergang des Staates und dem parallelen Aufstieg nicht-staatlicher Mächte: »Die Epoche der Staatlichkeit geht jetzt zu Ende. [...] Der Staat als das Modell der politischen Einheit, der Staat als der Träger der erstaunlichsten aller Monopole, nämlich des Monopols der politischen Entscheidung, dieses Glanzstück europäischer Form und occidentalen Rationalismus, wird entthront« (Schmitt 1991: 10).

Dies alles bedeutet nicht, dass in der vorliegenden Studie Veränderungen geleugnet werden. Es geht aber um eine behutsame und abwägende Analyse, die zwischen den Polen Kontinuität und Diskontinuität vermittelt und insbesondere die Konstruktion dieses Verhältnisses selbst in den Blick nimmt. Durch die reine Benennung des Neuen ist jedenfalls theoretisch noch nichts gewonnen.

* * *

Die Untersuchung ist in zwei Teile gegliedert. In einem ersten Teil (Kapitel 2 bis 5) werden die Diskurse um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance ausführlich dargestellt, in eine Ordnung gebracht und deren Grundprinzipien und Eckpunkte herausgearbeitet, wobei der Schwerpunkt auf der sozial- und politikwissenschaftlichen Rahmung des Diskursterrains liegt. Nachdem mit diesem Teil die Wesenszüge und Auslassungen des Diskurses benannt sind, wird in einem zweiten Teil ein theoretischer Rahmen zur Analyse von Herrschaftsprozessen im modernen Weltssystem mit dem Ziel entwickelt, der bisherigen gesellschaftswissenschaftlichen Aufarbeitung des NGO-Phänomens neue Impulse zu geben. Die vorliegende Arbeit verfolgt damit zwei Absichten. Zum einen will sie zu einem anderen Verständnis des Komplexes und der Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance beitragen. Zum anderen beansprucht der entwickelte theoretische Ansatz, der zentral Prozesse weltgesellschaftlicher Herrschaft erfasst und theoretisch einholt, auch über den Gegenstandsbereich hinaus Relevanz.

Zu den Kapiteln im Einzelnen: In dem folgenden *Kapitel 2* wird zunächst die sozial- und politikwissenschaftliche Debatte zum NGO-Phänomen gewürdigt. Insbesondere wird die bis heute anhaltende Normativität der Beschäftigung mit NGOs thematisiert und der »Mythos der Neuartigkeit der NGOs« relativiert. Das Kapitel 2 ist aber auch als Einführung in den Gegenstandsbereich selbst zu lesen, da es eine recht ausführliche Darstellung der Entwicklungsgeschichte von internationalen NGOs der letzten 130 Jahre leistet und die aktuellen Stratifizierungsmerkmale der in der Literatur oftmals postulierten »NGO-Community«

rekonstruiert. Abgeschlossen wird das Kapitel durch die Explikation der Kernelemente des NGO-Diskurses, in der nicht nur die zentralen Dispositive und Mythen des Diskurses sondern auch die Nichtthematisierungen, die »blinden Flecke« des Diskurses, hergeleitet werden.

Die Beschäftigung mit dem Begriff und den Analysen von Nichtregierungsorganisationen in Kapitel 2 liefert vor allem zwei Anschlussstellen, ohne die der Diskurs um NGOs nicht vollständig ist: der oftmals unterstellte Bezug zu den (neuen) sozialen Bewegungen (Kapitel 3) und die Bedeutung, die den NGOs in Bezug auf die Herausbildung internationaler Verhandlungssysteme einer Global Governance zugemessen wird (Kapitel 4). Die Kapitel 3 und 4 haben jeweils eine doppelte Funktion. Zum einen werden die dort vorgestellten Diskussionen als Teil des NGO-Diskurses bzw. als wichtige Hintergrundfolien gefasst. Zum anderen werden die Debatten nach Elementen durchforstet, die schon Bausteine für eine kritische Beschäftigung mit dem NGO-Phänomen darstellen.

In Kapitel 3 werden zentrale Debatten der sozialwissenschaftlichen Forschung zu sozialen Bewegungen rekapituliert und auf ihre mögliche Bedeutung für die Erklärung des NGO-Phänomens hin befragt und gewürdigt. Insbesondere steht dabei die Diskussion der Bewegungsforschung über das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung im Vordergrund, welche vornehmlich unter dem Schlagwort der »Institutionalisierung sozialer Bewegungen« geführt wird. Während ein Teil der Bewegungsforschung NGOs mit schon immer auffindbaren »Bewegungsorganisationen« schlicht gleichsetzt, werden NGOs in der Institutionalisierungsdebatte als historisch nachgelagerte Produkte von sozialen Bewegungen angesehen, welche, je nach Pointierung, als Zeichen von deren Verkrustung oder als Zeichen für den gesellschaftsverändernden Erfolg sozialer Bewegung interpretiert werden. Als weitere wichtige Fassung des NGO-Phänomens durch die Bewegungsforschung wird die These der Transnationalisierung von Bewegungshandeln dargestellt und auf ihren Gehalt hin abgeklopft.

Im Ergebnis lässt sich auch in den Beiträgen der Bewegungsforschung ein *normativer bias* in Bezug auf ihren Gegenstand auffinden. Darüber hinaus entwickelt die Bewegungsforschung eine Vorstellung sozialer Bewegungen, die stark von Aggregierungsannahmen (und damit letztlich von Vorstellungen des methodologischen Individualismus) geprägt ist. Demnach entwickeln sich aus der amorphen Masse einer sozialen Bewegung im Zeitverlauf (und beschleunigt durch Transnationalisierungsprozesse) organisierte Kerne, neudeutsch also NGOs, die in ihrer Gesamtheit einen Bewegungssektor in der (Zivil-)Gesellschaft respektive eine »internationale NGO-Community« formieren. Die Bewegungsbelange verschaffen sich derart sozusagen ungebrochen auf höheren Ebenen

Gehör und werden qua Organisation »politikfähig« und auf Dauer gestellt. In Kapitel 3 werden aber auch diejenigen Debattenbeiträge herausgearbeitet, die für eine Kritik der dominanten Aggregierungsannahmen von Bedeutung sein könnten.

Während Kapitel 3 in gewisser Weise die Binnenverhältnisse der »NGO-Welt«, die Relation der NGOs zu den mit diesen assoziierten sozialen Bewegungen, zum Thema hatte, wird in *Kapitel 4* auf das Verhältnis der transnationalen NGOs zu externen Akteuren, insbesondere den Nationalstaaten, eingegangen. Da die Debatte um NGOs als neue *Global Players* in internationalen Verhandlungssystemen zunehmend unter der Überschrift Global Governance geführt wird, wird diese Debatte nun ausführlich rekonstruiert und systematisiert. Dem unterschiedlichen Gebrauch des Begriffes, zum einen als Bezeichnung eines politischen Konzepts und zum anderen als Teil analytischer Verfahren, die die veränderten Konstellationen in der internationalen Politik fassen wollen, wird dadurch Rechnung getragen, dass zunächst die zentralen Konzeptionierungen von Global Governance dargestellt werden, um anschließend die politikwissenschaftlichen Ansätze, die die Veränderungen von »Regierung« in internationalen Kontexten theoriegeleitet und zeitdiagnostisch erklären wollen, vorzustellen und einer Kritik zu unterziehen. Abschließend werden in Kapitel 4 die im Global Governance-Diskurs vorgenommenen Essentialisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse herausgearbeitet. Diese ergeben sich vornehmlich aus der positiven Rezeption der Vorstellung der hegemonialen Globalisierungsdebatte, »die« Ökonomie sei »der« Politik aus dem Ruder gelaufen.

In dem den ersten Teil der Arbeit abschließenden *Kapitel 5* werden ein knappes Zwischenfazit der bisherigen Erörterungen gegeben und die wesentlichen *Essentials* des gesamten Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance rekapituliert. Hierbei wird vor allem hervorgehoben, dass der Diskurs auf einem Gesellschaftsbild beruht, welches in der Tradition des methodologischen Individualismus stehend ein Bild der Genese internationaler Vernetzungsstrukturen zeichnet, welches bis auf wenige Ausnahmen von *bottom up* argumentiert. Ausgegangen wird von den jeweiligen Akteuren, seien es Mitglieder sozialer Bewegungen, NGOs oder Nationalstaaten, die dann durch Vernetzungen, Ausdifferenzierungen und Transnationalisierungen eine Ebene der internationalen Vergesellschaftung formieren. Diese Ebene wird aber fast nie als eine eigenständige Ebene von Vergesellschaftung gefasst, die ihrerseits prägende Wirkung entwickeln würde. Zumindest wird sie in den gängigen sozial- und politikwissenschaftlichen Beiträgen, die sich mit dem NGO-Phänomen befassen, nicht derart diskutiert, dass Umstellungen der Begrifflichkeit und der Theorieanlage nötig würden.

Neben dieser mangelnden Berücksichtigung von Weltgesellschaftlichkeit geraten andere Mängel der hegemonialen Thematisierung von NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance in den Blick, die hier im Rahmen der Einleitung zumindest genannt werden sollen, um die Theorieauswahl des zweiten Teils plausibel zu machen. Der Diskurs um NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance zeichnet sich durch ein ontologisierendes Akteursverständnis aus. Demnach werden NGOs als souveräne, rational handelnde Akteure gefasst, die sich zwischen verschiedenen Wahlmöglichkeiten entscheiden können. In diesem Zusammenhang wird innerhalb des Diskurses weder thematisiert, wie sich diese Akteursvorstellungen weltweit verallgemeinern noch wird problematisiert, in wieweit mit formaler Organisation ein sehr spezifischer Modus von Ko-Operation adaptiert wird, der prinzipiell von anderen, etwa dem einer sozialen Bewegung, unterschieden werden kann. Des Weiteren werden herrschaftliche Aspekte, Asymmetrisierungen und hierarchische Strukturen nicht oder nur am Rande erwähnt und dann auch meist als *Fehlentwicklungen* oder noch abstellbare Unvollkommenheiten einer eigentlich wünschenswerten Entwicklung thematisiert. Schließlich folgt der Diskurs einem modernisierungstheoretischen Paradigma, in dessen Konsequenz NGOs und die entstehenden Governance-Strukturen als überlebensnotwendige Innovationen der sich modernisierenden Moderne konstruiert werden.

In *Teil II* der Arbeit wird deshalb ein theoretischer Rahmen entwickelt, der nicht von den Prämissen des methodologischen Individualismus und der Modernisierungstheorie ausgeht, der komplementär zu der vorgestellten Aufarbeitung des NGO-Phänomens durch den politik- und sozialwissenschaftlichen Mainstream sozusagen *top down* argumentiert und der die Defizite der bisherigen Rahmungen beheben hilft. Die zentralen Kriterien, denen der theoretische Rahmen genügen soll, werden aus dem ersten Teil gefolgert: Er sollte demnach *erstens* von einer weltgesellschaftlichen Ebene aus argumentieren, sollte *zweitens* herrschaftstheoretisch informiert sein, sollte *drittens* konstitutionstheoretisch argumentieren und insbesondere nicht von der Vorgängigkeit sozialer Akteurschaft ausgehen, und er sollte *viertens* die Bedeutung von formaler Organisation an zentraler Stelle thematisieren.

In *Kapitel 6* wird zunächst der Unterschied zwischen Globalisierungstheorien und Weltgesellschaftskonzeptionen hergeleitet, um danach einen weltgesellschaftlichen Rahmen zu entwickeln, der vornehmlich auf der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein und der World Polity-Konzeption der Forschergruppe um John W. Meyer aufbaut. Hierbei werden zwar die Unterschiede der beiden Ansätze herausgearbeitet, es wird aber vor allem auf die Suche nach verbindenden Mustern gegangen. Entgegen

der sonst in der Literatur weit verbreiteten schlichten Entgegensetzung der Ansätze kann gezeigt werden, dass sich beide Ansätze produktiv miteinander vermitteln und kombinieren lassen. Der so entwickelte Ansatz an der Schnittstelle zwischen historisch-materialistischer und konstruktivistischer Theoriebildung ist herrschaftstheoretisch informiert, lässt den nationalstaatlich geprägten Gesellschaftsbegriff hinter sich und gelangt zu einem über den Ausbeutungsbegriff hinausgehenden, die kulturell-institutionellen Ebenen einbeziehenden Verständnis von weltgesellschaftlicher Herrschaft, der diese im Spannungsfeld von Homogenisierungs- und Asymmetrisierungseffekten lokalisiert. Besondere Bedeutung wird der spezifischen Konstruktion von Akteurschaft in der Weltgesellschaft zugemessen, welche als ein Schlüssel für den Akzeptanzzuwachs der NGOs in den letzten Jahrzehnten ausgemacht wird. In Bezug auf das Thema NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance entwickelt der Ansatz besonderes Potential, da er die Bedeutung von NGOs bei der Durchsetzung und Aufrechterhaltung neuer Legitimierungsstrukturen innerhalb der Weltgesellschaft betont.

Insbesondere der neoinstitutionalistische World Polity-Ansatz weist auf die besondere Bedeutung formaler Organisationen hin, welche als ein entscheidendes kulturell verbindendes Muster der gegenwärtigen Weltgesellschaft beschrieben werden. Formale Organisation gilt innerhalb der Weltgesellschaft als universell anwendbarer Modus der Regulierung jeglicher gesellschaftlicher Belange und der produktiven Koordination der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Auf dieser Grundlage wird in *Kapitel 7* die Bedeutung der Organisationsform innerhalb der Weltgesellschaft und insbesondere für Prozesse der Herrschaft vertieft. Hier bietet sich der Ansatz der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« von Klaus Türk in besonderer Weise an. Dieser fasst Organisation dezidiert nicht als neutralen Modus der effektiven Koordination menschlicher Praxis, sondern bestreitet die Produktivität von Organisation. In Kapitel 7 wird ein Analyserahmen entwickelt, der Organisation als den für die moderne Gesellschaft zentralen Modus der Produktion und Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen ausweist. Formale Organisation wird in dieser herrschaftskritischen und makrosoziologischen Perspektive als entscheidende Schnittstelle bzw. Dreh- und Angelpunkt von globaler Asymmetrisierung und Homogenisierung analysiert. Schon mit dem Begriff Nichtregierungsorganisation wird durch den Wortteil Organisation ein sehr spezifischer Modus kooperierenden Handelns bezeichnet, der beispielsweise eben nicht »soziale Bewegung« meint, sondern auf die Begriffsgeschichte formaler Organisation rekurriert. Mit dieser Fokussierung schließt die vorliegende Arbeit eine Lücke in der bisherigen, quantitativ stark anstei-

genden NGO-Forschung, die diesem Sachverhalt, auf den ersten Blick kurios anmutend, auffallend wenig Bedeutung zumisst.

In dem abschließenden *Kapitel 8* wird der entwickelte theoretische Ansatz auf den Gegenstandsbereich NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance zugespitzt und es werden konzeptionelle Überlegungen angestellt, in welche Richtung zukünftig Forschungsbedarf besteht. Hier wird auch die Frage gestellt, vor welchen Bedingungen »Protest« und »Emanzipation« angesichts der gegenwärtigen Strukturen der Weltgesellschaft stehen. Im Ergebnis wird das emanzipative und herrschaftsminimierende Potential von NGOs stark in Frage gestellt, ohne allerdings dabei im Gegenzug »soziale Bewegung« als herrschaftsfreien Raum zu konzipieren.

* * *

Die Untersuchung weiß um die gesellschaftliche Bedingtheit und Relativität theoretischer Bemühungen. Dies heißt auch, dass Theorie immer *für* jemanden oder *für* irgendeine Absicht verfasst wird, folglich immer eine Perspektive hat. Die »Welt« wird so von einem Standpunkt aus gesehen, »der in Begriffen von Nation oder sozialer Klasse, Herrschaft oder Unterordnung, aufsteigender oder schwindender Macht, einem Gefühl der Bewegungslosigkeit oder dem einer gegenwärtigen Krise, vergangenen Erfahrungen sowie von Hoffnungen und zukünftigen Erwartungen bestimmt werden kann« (Cox 1998: 31). Hiervon ausgehend können mit Robert W. Cox³ zwei prinzipiell mögliche Theorietypen unterschieden werden: Problemlösungstheorien und kritische Theorien.

Problemlösungstheorien entstehen in einem einfachen, direkten Reflex auf die jeweiligen Problemstellungen der wahrgenommenen sozialen Realität. Sie akzeptieren »die vorgefundene Welt als den gegebenen Handlungsrahmen, mitsamt den vorherrschenden sozialen und Machtbeziehungen einschließlich ihrer institutionellen Organisationsformen« (ebd.: 32). Problemlösungstheorien verstehen sich als Ratgeber, die helfen sollen, Probleme innerhalb des gegebenen Rahmens zu lösen. Da die grundsätzliche Funktionsweise der Institutionen und Beziehungen nicht in Frage gestellt wird, geraten die besonderen Probleme in Relation zu den speziellen Handlungsbereichen, in denen sie sich entfalten, in den Blick. Die so gewonnenen Aussagen über Gesetz- oder Regelmäßigkeiten beanspruchen dabei zwar allgemeine Gültigkeit, tatsächlich setzen sie aber die

3 Cox legte in den 1980er Jahren den Grundstein für eine neo-gramscianische Analyse der Internationalen Beziehungen. Für eine knappe Einführung in sein Werk und dessen Rezeption vgl. Bieler/Morton (2003).

dem Problemlösungsansatz zugrunde liegenden institutionellen und sozialen Parameter voraus.

Im Gegensatz hierzu nimmt der Theorietypus *kritischer Theorie* Institutionen, soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht als gegeben hin. Kritische Theorien sind in dem Sinne kritisch, da sie sich abseits der vorherrschenden Weltordnung positionieren und danach fragen, wie diese Ordnung zustande gekommen ist. Kritische Theorie »zielt auf die Bewertung eben jenes Handlungsrahmens, den die Problem-Lösungs-Theorie als vorgegeben akzeptiert. Ihre Aufmerksamkeit richtet sie somit eher auf den sozialen und politischen Komplex insgesamt als auf dessen separate Teile« (ebd.: 33).

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zu einer in diesem Sinne kritischen Theoriebildung. Zwar behandelt sie mit dem Komplex NGOs/Soziale Bewegungen/Global Governance ein spezifisches gesellschaftliches Thema, verbindet es aber mit der Entwicklung einer Gesellschaftstheorie, die über das gewählte Thema hinaus Relevanz entfaltet. Ein solches Vorgehen will gesellschaftliche Wandlungsprozesse verstehen, in dem sie sowohl den einzelnen Teilen (das gewählte gesellschaftliche Phänomen) als auch dem Ganzen Beachtung schenkt. Dies heißt aber auch, dass sich die folgenden Ausführungen oftmals mit einer »negativen Kritik« zufrieden geben müssen. »Konstruktivität« ist dieser Position zwar kein Gräuel, gleichwohl wird sie als zu erfüllende Forderung an Theoriebildung aber als Zumutung zurückgewiesen. Der hier zu Grunde liegende Anspruch ist daher in diesem Sinne bescheiden.

Die folgende Untersuchung hat also eine kritische Distanz zu einem Theorieverständnis, das von Theorie Anleitungen und Maßstäbe für das soziale und politische Handeln erwartet. Mehr noch, im Folgenden wird kritisiert, dass große Teile der Forschung zu NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance lediglich darauf konzentriert sind, verwertbare Ergebnisse zu produzieren und sich mit Politikberatung zufrieden zu stellen. Solche Analysen stehen unter einem generellen Konservatismusverdacht, da sie lediglich daran interessiert sind, die bestehenden Institutionen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen unter Berücksichtigung neuer Problemstellungen qua Anpassung, Reform und Modernisierung zu erhalten und gegebenenfalls zu optimieren. Sie zielen darauf ab, »die Probleme, die innerhalb der verschiedenen Teile eines komplexen Ganzen entstehen, so zu lösen, dass das Ganze wieder reibungslos funktioniert« (ebd.: 33).⁴ Die folgende Arbeit nimmt solche Ansätze – wie dar-

4 Probleme Lösungstheorien unterlaufen damit den von ihnen meist formulierten Anspruch der Werturteilsfreiheit, da sie implizit die bestehende Ordnung als ihren eigenen Rahmen akzeptieren.

gestellt – in großem Umfang zur Kenntnis und betrachtet sie als ihr empirisches Material. Die Ansätze werden aber nicht auf ihre handlungsanleitende Nützlichkeit hin untersucht, sondern als Teil einer diskursiven Realität.

Mit der vorgenommen Abgrenzung zwischen kritischen und Problemlösungstheorien ist freilich noch recht wenig gesagt über die konkreten Ansprüche, die an kritische Theoriebildung heranzutragen sind. Die hier zugrunde gelegte Maxime kritischer Theorie lautet, dass diese einen Beitrag zur Entontologisierung und Entdinglichung von gesellschaftlich dominanten Gesellschaftsvorstellungen leisten soll, allerdings ohne dabei einfachen Basis-Überbau-Schemata oder Aufklärungsmodellen zu folgen.

Die Beschränkung der vorliegenden Arbeit auf negatorische Kritik heißt nicht, dass ihr Handlungsrelevanz nicht wichtig sei. Sie bedeutet lediglich, dass sich aus theoretischen Anstrengungen heraus nicht friktionslos und allgemeingültig *konkrete* Handlungsanleitungen ergeben. Gleichwohl strebt kritische Theorie danach, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, die zu einer Minimierung von Herrschaft führen. Ohne konkrete Wege vorzugeben wehrt sich kritische Theorie damit gegen die (insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges) vorherrschende TINA-Ideologie (*there is no alternative*).

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Punkt von Bedeutung: die Zurückweisung jedweder Präferenz von Theorie vor Praxis. Eine theoretische Vorwegnahme dessen, was »richtige« gesellschaftliche Praxis sein soll, hat sich im letzten Jahrhundert gründlich blamiert und diskreditiert.⁵ Das Entwerfen einer Blaupause am Schreibtisch, die dann lediglich der Umsetzung harrt, kann nicht Sinn wissenschaftlicher Tätigkeit sein. Mit Brand (2002: 100) bin ich mir an dem Punkt einig, dass eine Theorie, die darauf verzichtet, wohl im besten Sinne radikal ist: »Denn sie setzt erstens an gesellschaftlichen Wurzeln an (und nicht an missverstandenen Allokations- und Wissensproblemen) und bezieht sich zweitens in kritischer Spannung auf heute real stattfindende Kämpfe«. Dies heißt vor allem auch, dass eine Alternative nicht »von oben« gedacht werden kann. Die Aufgabe kritischer Theorie besteht dann vornehmlich darin, Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und Verdinglichungszusammenhänge zu dechiffrieren.

In Bezug auf die zukünftige Ausrichtung sozialer Bewegungen, insbesondere der sogenannten Globalisierungskritiker, haben Wissen, Habermann und Brand (2003: 51) formuliert, dass eine Strategie des »Mit-

5 So mehren sich in letzter Zeit gar die Stimmen, die die Idee der Utopie selbst für eine unter emanzipatorischen Gesichtspunkten gescheiterte Idee halten (vgl. pointiert Wallerstein 2002; aber auch: Türk 1995: 94).

mischen-Wollens« in den meisten Fällen bedeutet, »die bestehenden Verhältnisse nach den Spielregeln zu bekämpfen, die diesen Verhältnissen erst ihre Stabilität verleihen« (Wissen/Habermann/Brand 2003: 51). Ähnlich äußern sich auch Chesnais, Serfati und Udry (2001: 16), die fordern, »dass man sich weniger häufig auf das Terrain des Gegners begeben muss, um ihn zu bekämpfen«. Aufgabe sozialer Bewegungen sei es hingegen, »den Blickwinkel und die Postulate des herrschenden Diskurses zurückzuweisen«. Dieses Postulat lässt sich auf eine sich kritisch verstehende Wissenschaft übertragen. Die folgenden Ausführungen verstehen sich als ein Beitrag hierzu.